

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2017/1166		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Keine Fahrverbote in Osnabrück (Antrag der CDU/BOB-Gruppe)				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	05.09.2017	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	05.09.2017	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Der Rat der Stadt spricht sich gegen Fahrverbote für Diesel-PKW aus. Die deutsche Automobilindustrie kann nicht die Lasten auf die Städte und Autobesitzer abwälzen. Es gilt das Verursacherprinzip.

Wir erwarten, dass alle Produzenten auf ihre Kosten die Wagen so nachrüsten, dass sie den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und so eine gesundheitliche Beeinträchtigung von Menschen ausgeschlossen wird.

Begründung:

Sollten in Osnabrück Fahrverbote erlassen werden und Diesel-Besitzer nicht mehr in die Innenstadt dürfen, kommt das einer Enteignung der Eigentümer gleich, da der Wiederverkaufswert der Wagen massiv verringert würde.

Fahrverbote gefährden Arbeitsplätze in der Automobilindustrie (10.000 in der Region Osnabrück) und schaden dem Oberzentrum Osnabrück.

Umwelt- und Gesundheitsprobleme müssen in erster Linie durch die Verursacher gelöst werden. Osnabrück bekennt sich zu seiner Verantwortung durch die Verflüssigung des Verkehrs, Park and Ride, die Verbesserung des ÖPNV und der Fahrradwege und die Einführung von Elektrobussen seinen Beitrag zu leisten, um die NO₂-Belastungen zu verringern.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Ralph Lübbe
BOB-Fraktionsvorsitzender